

Die kurze Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Parlament hat es in der Hand

■■■■ In der Herbstsession sind von der SP-Fraktion folgende von den Gewerkschaften und ihnen nahestehenden Kreisen lancierte Vorstösse gegen die Krise eingereicht worden: das Modell «Stellentausch», die Schaffung von «Regionalen Stützpunkten für Langzeitarbeitslose» sowie die Aufstockung des Investitionsbonus.

Beim «Stellentausch» geht es darum, dass ältere ArbeitnehmerInnen drei Jahre vor der Pensionierung ihren Arbeitsplatz ganz oder teilweise jüngeren Arbeitslosen zur Verfügung stellen, dafür je nach Höhe des Einkommens 80 oder 90 Prozent ihres bisherigen Lohnes von der Arbeitslosenkasse vergütet erhalten. Die Arbeitgeber würden weiterhin für die Versicherungsbeiträge aufkommen. Rund 26 000 Stellen könnten so umverlagert werden. Nettokosten: rund 680 Mio. Franken pro Jahr. Mit der Aufstockung des Investitionsbonus um weitere 200 Mio. Fr. wird gleichzeitig verlangt, auch nicht bauspezifische und speziell die Frauen berücksichtigende Vorhaben zu begünstigen. 20 bürgerliche Nationalräte verlangen ebenfalls eine Aufstockung. Die Chancen stehen hier eher gut. Via Regionale Stützpunkte für Arbeitslose soll der Bund die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, insbesondere von Ausgesteuerten, fördern. Er soll dazu regionale, vernetzte Bildungs-, Beschäftigungs- und Beratungsprogramme mitfinanzieren.

Das Parlament hat es also in der Hand, aktiv der Krise entgegenzusteuern. Ob es aber auch den Willen hat? Immerhin hat der Nationalrat, borniert, in der vergangenen Session eine Motion von Christiane Brunner abgelehnt, die einen Solidaritäts-Weiterbildungsurlaub ermöglichen wollte. ■■■■

Modernisierung der SGB-Strukturen

■■■■ Der SGB-Vorstand diskutiert die künftigen Strukturen des grössten gewerkschaftlichen Dachverbandes in der Schweiz. Die Vorgaben eines entsprechenden vom SGB-Sekretariat ausgearbeiteten Papiers: die politisch führende Rolle des SGB soll erhalten werden, er soll somit nach wie vor die Themenführerschaft in verbandsübergreifenden Anliegen haben. Zugleich soll der SGB einen Rahmen schaffen, damit die einzelnen Gewerkschaften ihre Vertragsbeziehungen koordinieren können. Alle mitgliedernahen Aufgaben dagegen sollen die Verbände wahrnehmen. ■■■■

VPOD: Mit Video-Clip gegen Sparen

■■■■ Ein Video-Clip des VPOD soll die öffentlichen GewerkschafterInnen in ihrem Kampf gegen die überbordenden Privatisierer unterstützen. Der Clip ist für öffentliche Anlässe geeignet und soll nicht zuletzt auch den von der allgemeinen Sparhysterie verunsicherten Mitgliedern wieder den Rücken stärken. ■■■■

SMUV startet Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit

■■■■ Die erste Landeskonferenz der ausländischen SMUV-KollegInnen beschloss Mitte Oktober, dass der SMUV eine landesweite Kampagne zur besseren und gezielten Integration der AusländerInnen und damit auch gegen Fremdenfeindlichkeit startet. ■■■■

GBI bereitet sich auf Konfrontation vor

■■■■ Weil die Baumeister sich weigern, den vertraglich abgemachten Teuerungsausgleich von 3 Prozent zu zahlen, bereitet sich die GBI auf eine Konfrontation mit den Arbeitgebern vor. In verschiedenen Sektionen ist eine systematische Infokampagne von Baustelle zu Baustelle bereits angelaufen. ■■■■

11 Milliarden in den Gewinnen statt in den Löhnen

■■■■ In einem in der SMUV-Zeitung vom 27. Oktober 1993 erschienenen Beitrag weist der Ökonom Tobias Bauer darauf hin, dass die Lücke zwischen Produktivitätszuwachs und Reallohnanstieg stets wachse. In den letzten 5 Jahren hat sich diese Lücke auf beinahe 11 Milliarden Fr. angehäuft. In diesem Jahr dürften schätzungsweise wieder 5,75 Mia. Franken von den Löhnen zu den Gewinnen umverteilt werden. Matthäus-Prinzip – wer viel hat, dem wird gegeben, wer wenig hat, dem

wird genommen – auch innerhalb der Lohnentwicklung: die Löhne werden derzeit unten gedrückt, oben angehoben. Vielleicht ein Trost, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als ein Reicher ins Himmelreich. Aber wer sind die Kamele? ■■■■

Wer wird SGB-PräsidentIn?

■■■■ Allen Spekulanten und Tratschtanten sei es gesagt: noch ist es früh, über den oder die neueN SGB-PräsidentIn ab November 1994 zu orakeln. Wenn Sie sich aber berufen fühlen, den SGB zu präsidieren, so sei Ihnen sanfte Tuchföhlung mit Walter Renschler, Christiane Brunner, Hans Schächli, Dani Nordmann und Margrit Meier empfohlen. Diese fünf bilden eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, tragfähige Lösungen für die künftige Leitung des SGB, verschiedene denkbare personelle und strukturelle Möglichkeiten abzuklären. Spätestens im Sommer 1994 wird die Arbeitsgruppe den Gremien Bericht erstatten. ■■■■